



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 6,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 4,- Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 50 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 26. Februar bis 4. März ist die Beitragsmarke in das mit 9 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Weimar hat in ihrer letzten Mitgliederversammlung beschlossen, den Ortsbeitrag ab 1. Februar 1922 in folgender Staffel einzuzahlen: Männliche Mitglieder 1,- M., weibliche Mitglieder 0,75 M. pro Woche.

Für die Zahlstelle Dortmund ist ab 1. März der Ortsbeitrag wie folgt festgesetzt: 1.—3. Klasse 50 Pfg., 4. und 5. Klasse 1,- M., für männliche Mitglieder in der 5. Beitragsklasse 1,50 M.

Die Mitglieder in Torgau haben den Ortsbeitrag auf 70 Pfg. erhöht.

Für die Zahlstelle Ulm beträgt der Ortsbeitrag ab 1. März 50 Pfg.

Die Zahlstelle Langensalza erhöht den Ortsbeitrag ab 25. Februar auf 50 Pfg.

In der Zahlstelle Herbolz hat die Generalversammlung den Ortsbeitrag für männliche Mitglieder auf 50 Pfg., für weibliche Mitglieder auf 30 Pfg. mit Rückwirkung ab 1. Januar erhöht.

Die Zahlstelle Hildt hat den Ortsbeitrag für alle Mitglieder auf 1 M. erhöht.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: C. Pucher, 1. Vorf.

### Kritik und Erfolg

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen der Mitgliedschaften im Reich, die meist gleich anlässlich der Generalversammlungen zu dem Ergebnis der Tarifausforschung Stellung genommen haben, ist zu entnehmen, daß fast überall unter Würdigung der vorliegenden Schwierigkeiten die Arbeit der Verhandler voll anerkannt wurde. Natürlich ist es ohne Kritik nutzlos abgegangen. In einer Versammlung vertiefte sich sogar ein Redner zu der Behauptung, die Vertreter des Hilfspersonals in Leipzig hätten die Forderungen den Unternehmern gegenüber nicht mit genügendem Nachdruck vertreten, er verlangte schärfsten Protest gegen die Verbandsleitung. Nach der Meinung dieses Kollegen tragen also die Hilfsarbeiter selber die Schuld an der Ablehnung ihres Antrages in Leipzig. Ist dem wirklich so, dann müssen fähigere Leute auf diesen Posten. „Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort.“ Es ist kaum anzunehmen, daß der betreffende Kollege aus längere gewerkschaftliche Erfahrung zurückblicken kann oder überhaupt schon einmal Lohnverhandlungen geführt hat oder sich vorstellen kann, wie es im Gewerkeparlament der Buchdrucker zugeht. Man kann ihm daraus nicht einmal einen Vorwurf machen. Er sprach eben, wie er es verstand. Und da er nur sehr geringes oder kein Verständnis für die auf dem Verhandlungsgebiet liegenden gewerblichen Angelegenheiten hat, redete er eben Unsinn.

So leicht sollte sich niemand die Kritik machen. Zu einer gerechten Beurteilung gehört reifliche Überlegung, die nicht ankommen kann, wenn man verärgert ist oder sich von Stimmungen leiten läßt. Und es ist doch nicht so schwer — sofern man den ersten Willen hat, den Dingen auf den Grund zu gehen —, sich darüber klar zu werden, warum das Gewollte von dem Erreichten so weit entfernt ist. Die Annahme liegt gar nicht so fern, daß auch Unternehmer gegen ihre Vertreter im Tarifschutz mit demselben Vorwurf kommen und sagen, diese hätten sich nicht bei Gehilfen und Hilfsarbeitern durchzusetzen gewußt und hätten es an dem geschätzten Nachdruck fehlen lassen. Sie hätten natürlich ebenso recht wie unser Kollege. Unsere Verbandsleitung verlangt unbedingt Vertrauen. Sie muß wissen, daß die Mitglieder der Meinung sind, alles was nur irgendwie möglich ist und gemacht werden kann, ist in Interesse der Kollegen und Kolleginnen geschehen. Volle Befriedigung hat auch bei unsern Vertretern in Leipzig das Resultat der Verhandlungen nicht ausgelöst.

Sat aber schon jemand, der in Versammlungen schnell mit Wort und Urteil fertig ist, daran gedacht, daß nicht nur Forderungen der Arbeiterkraft bei den Lohnverhandlungen zu vertreten sind, sondern auch besondere Anträge der Unternehmer, die denen der Arbeitervertreter direkt

entgegen stehen, abgewehrt werden müssen? Die Vereitelung dieser Vorstöße von Prinzipalsseite, die sich bemüht, Verbesserungen — wie sie sie versteht — für ihre Mandatgeber zu erreichen, beansprucht nicht minder Zutrast und geschlossenes Auftreten auf unserer Seite und kann ebenfalls als Erfolg gebucht werden. Beide Parteien sind abwechselnd bei allen Verhandlungen im Angriff und in der Abwehr und das Ergebnis wird bestimmt nicht allein durch die Personen, ausschlaggebend kann ebenfalls sein und ist nicht selten die Kraft, die hinter den verhandelnden Parteien steht und die sich bei Austragung wirtschaftlicher Streitigkeiten in der Stärke der vertretenen Organisationen verkörpert. „Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ heißt es in vielen oder gar allen Entschlüssen. Das stimmt durchaus und sollte nie als leeres Wort aufgefaßt werden. Wir stehen jederzeit bereit, setzen unsere vollen Kräfte ein, ganz wie Zeit und Umstände es erfordern. Wir dürfen aber nie übersehen, daß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht nur die materiellen gemeint sein können, die nur einen Teil der Kraft ausmachen. Wir wollen unsere organisatorischen Nachmittel überlegt anwenden, diesmal so und dann wieder anders, unser Einfluß muß sich lohnen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erscheinen wir auf dem Plan, wenn ihre Anwendung durchaus nötig ist.

Die Meinungen darüber, wie wir am besten unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zum Guten wenden können, können natürlich geteilt sein. Vorzüglich mancherlei Art werden in den Versammlungen gemacht, gute und durchführbare und andere, die oft nur einem Agitationsbedürfnis entsprechen, mit denen man vorzögt, den organisierten Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen auf die Beine zu helfen. Wir kennen sie alle, diese sogenannten Parolen, von denen eine die andere jagt. Sie gehen von Leuten aus, die nicht in unserem Kreise heimisch sind. Sie wollen, wie sie behaupten, uns konservative Gesellschaft nur vorwärts treiben, den Verband revolutionisieren. In ihrem Eifer bauen sie auch meist gründlich daneben. Einer darf sich wieder einmal in aller Deffentlichkeit blamieren. Er forderte in einer Entschlüsselung den Graphischen Industrieverband — den wollen selbstverständlich alle graphischen Arbeiter, auch die Verbandsleitungen —, um die Lohnbewegungen einheitlich zu führen. Die einheitliche Führung der Lohnbewegungen verlangt er — bitte nicht lachen — im Zusammenhang mit dem letzten Abschluß im Buchdruckgewerbe, weil er mit diesem Abschluß nicht zufrieden ist. Ob der Mann wohl auf dem Monde lebt? Wie ist es nur möglich, daß große Mitgliederversammlungen diesem leeren Unsinn zustimmen können? Wir wollen uns keine Mühe geben, dem Kollegen klar zu machen, wie sehr der Schaffung des Reichstarifs ein Lohnabkommen zustande kam. Er wird's nie kapieren.

Wie sich die Prinzipale zu dem Antrag des Hilfspersonals auf der Tagung des Tarifausschusses stellen, ist betannt geworden. Sie hielten schon vorher die Löhne der Anlegerrinnen für viel zu hoch. Bei den Verhandlungen glaubte ein Unternehmer aus Schleifens Gefilden sich damit großtun zu können, daß er dazuwilling rief, die Löhne der Anlegerrinnen seien um das Dreifache gegen den Friedensstand gestiegen. Der gute Herr wünscht natürlich jene Zeiten zurück, da er seine Arbeiterinnen dem Elend überließ und ihr Leben und ihre Gesundheit seinem Vorteil opferte. Uns aber dieser Borsall, wo wir schau zu fassen müssen und acht zu geben haben. Wir müssen wissen, was der Verband bereit für seine Mitglieder geleistet hat und noch leisten kann. Diese Art der Unternehmer gedeiht nicht nur im Osten unseres Vaterlandes. Hier ist aus dem Herzen Deutschlands ein anderes Beispiel:

Folgendes schönen Erguß leistete sich ein Buchdruckermeister namens Hermann Jacobsohn in Braunschweig, als er von dem dortigen Vorsitzenden unserer Zahlstelle an seine tariflichen Pflichten erinnert wurde.

„Wenn ich auf Ihren Brief antworte, so geschieht es aus dem Grunde, Ihnen mitzuteilen, daß Sie sich gefälligst um Ihre eigenen Angelegenheiten kümmern wollen und nicht um die meinigen. — Glauben Sie, daß ich halbe Kräfte voll bezahlen soll? Wissen Sie auch, daß in den kleinen Geschäften die Mädchen ausgebildet werden, um dann in den großen erst richtig arbeiten zu können und zu verdienen? Was die Mädchen verdienen können, kennt nur der Arbeitgeber. — Ihre Klage vor dem Landgericht läßt mich fast, ich habe 18 Jahre mein Geschäft, mein Personal stets so bezahlt, daß sie zufrieden waren (?). — wenn Sie glauben, etwas zu erreichen; dann beschäftigen Sie viel. Leicht die mangelhaften Hilfskräfte und bezahlen den tariflichen Lohn. — Matulatur zur Vornahme stelle Ihnen zur Verfügung. — Ich tue am kommenden Freitag das, was ich für richtig halte. Auf weitere Zuschriften, Ihrerseits wartet mein Papierkorb.“

Hochachtungsvoll . . .

Der arme Unternehmer kann einem leid tun. Wir werden ihm aber nicht helfen können. Er wird Freud und Leid mit seinen Kollegen teilen müssen. Es hat Herren gegeben, die auf höherem Fuß saßen und jetzt auch bescheiden zu Fuß gehen. Die versch. . . Arbeiter kennen da gar kein Mitleid.

Für heute soll es genug sein. Wir wollten gerade noch den Braunschweiger Herrn ausstellen. Es wird manchen auf seiner Seite geben, der sich von seinem Brief eine Abschrift nehmen will. Aber auch wir wollen Leute seines Schlages gut im Gedächtnis behalten. Wäre es nicht sogar gut, wenn wir eifrig nach ihnen suchten! Da liegt ein dankbares Feld der Betätigung. Wir wollen es gemeinsam bearbeiten. Diese Arbeit bringt bestimmt mehr ein, als manche Versammlungskritik, und sie führt zu wirklichen Erfolgen nicht nur an diesem und jenem Ort, nein, für alle Verbandsmitgliedern.

### Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Stuttgart und Mannheim.

Ab 1. Februar 1922 find neue Zulagen zur Einführung gelangt für männliches Hilfspersonal bis 17 Jahre 50 M., von 17—24 Jahren 75 M., über 24 Jahre 85 M., Anlegerrinnen und Bogensängerinnen 65 M., Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahren 50 M., unter 17 Jahren 36 M.

Esslingen.

Die neuen Zulagen betragen für männliches Hilfspersonal bis 17 Jahre 45 M., von 17—24 Jahren 67,50 M., über 24 Jahre 76,50 M., Anlegerrinnen und Bogensängerinnen 49,50 M., Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre 45 M., unter 17 Jahren 36 M.

Um diese Zulagen erhöhen sich in den angeführten Städten die Mindestlöhne.

Groß- und Klein-Steinheim, Aulheim.

Für diese Orte sind neue Zulagen mit Wirkung vom 1. Februar vereinbart worden. Sie haben Gültigkeit bis 31. März. Es haben erhalten männliche Hilfsarbeiter von 14 bis 16 Jahren 30 M., bis 17 Jahre 40 M., bis 18 Jahre 55 M., bis 20 Jahre 60 M., bis 21 Jahre 65 M., bis 24 Jahre 75 M. und über 24 Jahre 85 M.

Anlegerrinnen und Bogensängerinnen im Alter bis zu 17 Jahren 30 M., bis 21 Jahre 45 M. und über 21 Jahre 55 M.

Hilfsarbeiterinnen bis zu 17 Jahren 25 M., bis 21 Jahren 40 M. und über 21 Jahre 50 M.

### Aus unseren Zahlstellen

Chemnitz. Die am 10. Februar sehr stark besuchte Mitgliederversammlung erhebt nach Entgegennahme eines Referates vom Vorsitzenden, Kollegen Hindewitz, über: „Was lehren uns die letzten Zulagen und warum wurde unsere Forderung, Gleichstellung der Zulagenzulage für Hilfsarbeiter mit derjenigen für Gehilfen noch nicht erreicht“ den schärfsten Protest gegen die Ablehnung dieser sozialen und gerechten Forderung. Die Versammlung erkennt an, daß die neue Zulage ab 1. Februar wohl eine kleine Aufbesserung der niedrigen Löhne des Hilfspersonals ist, die aber nicht ausreicht, auch nur einigermaßen einen Ausgleich zwischen den Löhnen und den jetzt schon bestehenden außerordentlich hohen Preisen für die allernotwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter herbeizuführen. Da es den Vertretern der Herren Prinzipale nicht unbekannt ist, daß ab 16. Februar eine neue gewaltige Zulagenzulage eintreten wird, so ist das Verhalten dieser Vertreter zu Punkt 5 der Tagesordnung unerklärlich. Deshalb nimmt die Versammlung mit einstimmiger Empörung und Entsehung davon Kenntnis, daß Punkt 5, „Gleichstellung der Zulagenzulagen für Hilfsarbeiter mit denen der Gehilfen“, abgelehnt worden ist. Da der Unterschied zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern doch schon im Grundlohn zum Ausdruck kommt, empfinden es die Hilfsarbeiter geradezu als eine Erleichterung oder Verhöhnung. Da doch Zulagenzulagen gewährt werden auf Grund steigender Preise, die alle gleichmäßig betrifft. Die Hilfsarbeiter noch viel härter, da diese niedrigere Grundlöhne haben. So bewußt uns die Ablehnung dieser so gerechten Forderung aufs neue, daß ein soziales Empfinden bei diesen Herren nicht vorhanden und zu erwarten ist. Die Verammelten sind der Meinung, da es sich um Zulagenzulagen handelte, wäre es sehr wohl möglich gewesen, den Antrag und die Forderung der Hilfsarbeiter

anzunehmen. Die Versammelten erkennen an, daß den Vertretern der Hilfsarbeiter keinerlei Schuld zugemessen ist und bringen ihnen volles Vertrauen entgegen. Sie verstehen und begreifen den schweren Einschnitt, den unsere Vertreter bei solchen Verhandlungen mit den Herren Prinzipalpalen haben. Die Versammelten erklären weiter, daß sie aus dieser Verhandlung die Lehre ziehen, daß jeht einmütiges und geschlossenes Zusammenarbeiten notwendiger ist denn je. Wenn diese Forderung nicht gleich durchgedrückt werden konnte, so wäre es geradezu ein Verbrechen, wenn sich deshalb einige Kollegen in ihrer Berärgerung und Empörung soweit würden hinreißen lassen, deshalb der Organisation den Rücken zu kehren. Dadurch würden sie das Gegenteil erreichen von dem, was sie wollen. Diejenigen würden wohl die Wünsche der Herren Prinzipalpalen erfüllen und deren Macht stärken, aber sich selbst und die Allgemeinheit und die Arbeiterklasse, sowie die Hilfsarbeiter im besonderen, schwer schädigen. Die Versammelten erkennen und begreifen, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Gesellschaft immer erbitterter und härter wird. Deshalb geloben die Versammelten als Gewerkschafter, den Kampf mit aller Kraft einmütig aufzunehmen und fortzusetzen bis nicht nur diese Forderung, sondern das Ziel der Gewerkschaften, wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse, erreicht ist. In Erwägung aller dieser Tatsachen, die noch vielfach ergänzt werden könnten, beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung, den Hauptvorstand zu beauftragen, da am 1. Januar 1921 die Differenz zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern 38,25 M. betrug, jeht aber 85 M. beträgt, daß der Hauptvorstand bei der nächsten Tarifauschüßung kein Mittel unversucht läßt, die Forderung „Gleichstellung der Feuerungszulagen mit denjenigen der Gehilfen“ durchzusetzen. Die Kollegenchaft im Reich würde gewiß geschlossen hinter dem Hauptvorstand stehen und würde auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel nicht zurückschrecken.

**Darmstadt.** Am 1. Februar fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher vom Vorsitzenden das Resultat der letzten Verhandlungen im Tarifauschüß bekannt gegeben wurde. Aus der Aussprache fämißlich sich an der Diskussion beteiligenden Redner konnte man deutlich erkennen, daß das prozentuale Aufkommen allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. Nachfolgende Entschließung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: Die am 1. Februar 1922 im Gewerkschaftshaus versammelte Kollegenchaft nimmt Kenntnis von dem ab 1. Februar vom Tarifauschüß beschlossenen Feuerungszulagen. Die Versammelten bedauern aufs lebhafteste, daß auch jeht wieder die prozentuale Bemessung für das Hilfspersonal angenommen wurde. Die Feuerung trifft das Hilfspersonal ebenso schwer wie die Gehilfen, auch ist das Spannerverhältnis schon derartig hoch, daß eine weitere Steigerung desselben nicht mehr Platz greifen darf. Die Versammelten erklären, mit allen Mitteln dafür zu kämpfen, daß diese Ungerechtigkeit endlich beseitigt wird und beauftragen ihre Vertreter im Tarifauschüß, bei den nächsten Verhandlungen immer wieder erneut diesen Antrag zu stellen und sprechen ihren Vertretern das vollste Vertrauen aus.

**Hannover.** In der Versammlung am 1. Februar 1922 gab die Kollegin Emma als Versammlungsleiterin zunächst die Befragung des neugewählten Vorstandes bekannt und erteilte dem Kollegen Wambacher das Wort zu dem Bericht über die Verhandlungen des Tarifauschüßes am 26. Januar. Redner erläuterte in längeren Ausführungen die Ursachen der fortwährenden Preissteigerungen, streifte die Reparationsfrage und die Spekulation in ausländischen Wertpapieren, wodurch naturgemäß eine Steigerung der Preise für ausländische Waren und Rohstoffe eintreten müßte. Die Prinzipale könnten sich aber nicht dazu entschließen, der Arbeiterchaft solche Löhne zu gewähren, daß diese die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung davon bestreiten könnten. Auch bei diesen Verhandlungen hätten die Prinzipale es entschieden in Abrede gestellt, daß Preissteigerungen eingetreten seien, die eine Lohnsteigerung rechtfertigten. Redner verliest dann einige Äußerungen von Prinzipalpalen aus der „Zeitschrift“, worin über die viel zu hohen Löhne für Angelernten und jugendliches Hilfspersonal lebhaft Klage geführt wird. Nur die Vermögensgier in den Großstädten soll dadurch gefördert werden. Allerdings wäre auch einmal ein weißer Rabe dabei, der offen zugäbe, daß der unverschämte Papierwucher und nicht allein die Steigerung der Löhne vielen Druckereien Schwierigkeiten bereite. Sodann gab Redner das Resultat der vierjährigen Verhandlungen bekannt. Die Erhöhung des Lokalzulages für Hannover sei abgelehnt, könne erst bei einer allgemeinen Regelung nach dem 31. Dezember 1922 erfolgen, ebenfalls abgelehnt sei aber auch die von allen Orten lebensschäftlich geforderte Gleichstellung der Zulagen mit den Buchdruckern. Es müßte festgestellt werden, daß trotz der größten Mühe, die unsere Vertreter aufwenden, um dieser durchaus berechtigten Forderung der Hilfsarbeiter zum Siege zu verhelfen, die Prinzipale sich hinter weit mit den Löhnen zurückgebliebenen Provinzprinzipalpalen verstecken, die aber jahrelang Vorteile aus der jämmerlichen Beziehung ihres Personals gehabt hätten. Was sollte man dazu sagen, wenn ein Prinzipalpalen Vertreter den welfen Auspruch tat, daß die Hilfsarbeiter zufrieden sein könnten, sie verdienen heute den höchsten Friedenslohn. Es wäre zu empfehlen, daß diese Herren es einmal verstanden, mit dem Lohn eines Hilfsarbeiters ihre Familie zu erhalten. Da ein anderes Ergebnis zurzeit auch bei einer eventuellen Ablehnung durch die Kollegen und Kolleginnen nicht zu erwarten sei, empfehle er Annahme desselben. Mit der Ermahnung, treu und fest zur Organisation zu stehen, damit diese auch in Zukunft kampffähig bleibt, schließt der Kollege Wambacher seine Ausführungen. In der Aussprache gab Kollege Spartzühl Bericht über die Schwierigkeiten, die ihm bei der Durchführung der tariflichen Löhne in einzelnen Quartoren erwachsen. Besonders für Steindruckpersonal, da diese an anderen Orten nicht mit dem Buchdruckpersonal gleichgestellt sind wie in Hannover. In Braunschweig habe die Prinzipalpalenfindung des Steinbruchs eine Verhandlung mit ihm telegraphisch abgelehnt,

allerdings zu spät, da er bereits unterwegs nach dort war, wo ihm dann prompt bei seinen Besuchen von den Prinzipalpalen die Abschrift der Ablehnungsbescheide unter die Nase gehalten wurde. Er empfahl ebenfalls die Annahme des Ergebnisses. Kollege Barden bemängelte, daß unsere Kollegen gegen die Buchdrucker-Hilfsarbeiter um ungefähr 80 M. schlechtergestellt seien. Auch erhielten bei einer hiesigen Firma eine Anzahl Spezialarbeiter 20 M. pro Woche Extrazuschläge für Ueberarbeit, was zu verurteilen sei. Vom Kollege Spartzühl u. Wiegand wurden beide Fälle richtiggestellt. Kollege Warncke und Heine waren der Auffassung, daß die Vertreter der Hilfsarbeiter die Forderungen derselben nicht mit genügendem Nachdruck vertreten haben, sonst müßte es sich hier um ein anderes sein und forderten schärfsten Protest gegen den Hauptvorstand. Kollege Heine gibt allerdings zu, daß ein anderes Mittel, um höhere Zulagen zu erzwingen, jeht nicht angebracht ist. Kollege Duzantowski bemängelte ebenfalls das mangelnde Ergebnis, forderte aber im Hinblick auf die Zeitverhältnisse die Mittelglieder, vor allem auch die Jugendlichen, zur Einigkeit und Treue dem Verbande gegenüber auf. In seinem Schlußwort ging Kollege Wambacher auf die Vorwürfe gegen unsere Verhandlungsführer ein und zeigte an der Befragung des Tarifauschüßes, daß bei den Kollegen vielfach ein falsches Bild über den Gang derartiger Verhandlungen besteht. Es müßte dabei auch nicht vergessen werden, daß die Vertreter der Gehilfen nicht mit reifiger Befragung für unseren Antrag auf Gleichstellung gesprochen haben, was menschlich begreiflich wäre, da schließlich diesen das Heind näher wäre als der Rott.

Die nachstehende Entschließung wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die am 1. Februar 1922 im Saale des Gewerkschaftshauses tagende, gut besuchte Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen von Hannover nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen des Tarifauschüßes. Die Versammelten erkennen die Bemühungen der Vertreter des Hilfspersonals auf Gleichstellung der zu zahlenden Zulagen mit denen der Gehilfen, erheben jedoch schärfsten Protest gegen die den Zeitverhältnissen Hohn sprechende Ablehnung durch die Prinzipalpalenvertreter. Diese Nichtbeachtung der Hilfsarbeiterforderungen ist umso mehr zu verurteilen, da auch die den Gehilfen gewährte Zulageerhöhung nicht in die Lage versetzt, die sprunghafte Feuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel auszugleichen, so daß die Lage der Hilfsarbeiter, welche wieder mit geringen Prozentfüßen abgesetzt werden, immer trostloser wird. Soll die Hilfsarbeiterchaft keine Einbuße an Arbeitsfreudigkeit erleiden, muß die nächste Tarifauschüßung unbedingt dieser Ungerechtigkeit und Zurücksetzung des Hilfspersonals ein Ende machen.“

**Heidelberg.** Generalversammlung am 6. Februar. Kollege Frank erteilte einen Bericht über die Wirtschaftsfrage und nahm dabei auch Stellung zum Elternabnehmerfest. Nach Kenntnisnahme des Jahres- und Kassensberichts beschloß die Versammlung mit einem Antrag auf Erhöhung des Ortsbeitrages. Beschlossen wurde, die Lokalkasse am Ort zu verwalten. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Kollege Franz, 2. Vorsitzender: Kollege Ruf, Kassierer: Kollegin Ruth, Schriftführer: Kollege Ruf, Delegierte zum Graphischen Kartell: Kollege Bruns und Kollegin Koch, Delegierte zum Gewerkschaftskartell: Kollege Bachmair und Ruf.

**Kaiserslautern.** Am Montag, den 30. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Vorsitzender gab einen kurzen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Was die Verhältnisse am Ort anbelangt, so sind sie im allgemeinen als zufriedenstellend zu bezeichnen. Als im August die Gehilfen eine Sonderzulage erhielten, haben es die Prinzipalpalen abgelehnt, dieselbe prozentual auch den Hilfsarbeiterinnen zu gewähren. Wiederholt machten die Prinzipalpalen den Versuch, bei Neueinstellungen den tariflichen Lohn nicht zu zahlen, so daß wir mehrmals Klage an das Tarifschlichtsgericht anhänglich machen mußten, um die Prinzipale zur Einhaltung tariflicher Bestimmungen zu bewegen. Vorsitzender ging dann näher auf die letzte Tarifauschüßung ein, das Resultat derselben als annehmbar bezeichnend. Von Seiten der Kollegen wurde die jehtige Staffellung der Feuerungszulagen kritisiert, wodurch der Unterschied zwischen dem Lohn der Gehilfen und denen der Hilfsarbeiter immer größer werde. Mit einem Appell an die Kollegen und Kolleginnen, auch in diesem Jahre mitzuarbeiten zum Wohl der Allgemeinheit, damit wir vorwärts kommen und dafür zu sorgen, daß auch die letzte Kollegin sich organisiert, wurde die Versammlung geschlossen.

**Karlsruhe.** Generalversammlung am 29. Januar 1922. Nach Bekanntgabe der neuen Lohnzulagen für die Kolleginnen und Kollegen im Buchdruck erteilte der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Er gab einen Rückblick über das verfloffene Jahr und wies darauf hin, daß ein Jahr reger Arbeit und Kampfes hinter uns liegt. Der Vorsitzende war durch eine rege Tätigkeit während des ganzen Jahres sehr in Anspruch genommen. Der Briefwechsel, Mitglieder- und Druckereiverfassungen, Sitzungen, Verhandlungen und Besprechungen hielten ihm und der Verwaltung ein reiches Maß Arbeit. Die Löhne erfordern eine Steigerung gegen das letzte Jahr um mehr als 100 Proz. im Buch- und Steindruck. Den Kassensbericht gab Kollege Herrmann, dem wir folgendes entnehmen: An die Zentralkasse wurden gesandt 33 810 M.; Einnahmen der Ortskasse 14 188 M.; Ausgaben der Ortskasse 10 500 M.; Kassensbestand der Ortskasse 8 698 M. Unterfüßungen wurden ausbezahlt: An Kranke 1650 M., an Arbeitslose 246 M. Mitglieder waren vorhanden: Am 1. Januar 1921 398, am 1. Januar 1922 439; Zunahme an Mitgliedern 41. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: Rieger, Adolf, 1. Vorsitzender, Albert, Johann, 2. Vorsitzender, Herrmann, Albert, Kassierer, Pipp, Karl, 1. Schriftführer, Reinhold, Fritz, 2. Schriftführer. Beiführer: Fröh, Brüder, Elfe, Bechtelstein. Revisoren: Leonhard, Roos, Wilhelm, Rotfuß. Im Beschiedenen wurden einige Anträge an-

genommen, die dem Zentralvorstand übermittelt werden sollen.

**Rhein.** Generalversammlung am 22. Januar. Nach Eröffnung wurden seitens der Verwaltung einige geschäftliche Mitteilungen bekanntgegeben, u. a. daß der Kollege Heilmann als provisorische Hilfskraft dem erkrankten Gaultier zur Seite gestellt worden sei. Alsdann erteilte Kollege Schaeffer den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß uns das verfloffene Jahr eine erfreuliche Aufwärtsbewegung von rund 200 Mitgliedern gebracht hat. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 120 469,30 M., die Ausgaben 88 657,41 M., an die Hauptkasse wurden gesandt 83 815,89 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 35 897,43 M., die Ausgaben 24 861,79 M., so daß mit einem Bestande von 11 035,64 M. das Jahr 1922 begonnen werden konnte. Den Geschäftsbericht erteilte unser Vorsitzender und Gaultier Kollege Pelt. Trotz seines leidenden Zustandes gab er in längeren klaren Ausführungen einen Rückblick über das verfloffene Kampfsjahr, unterrichtete die erregenen Erfolge und erklärte die von der Jahreshilfsleistung eingenommene Haltung bei den einzelnen Bewegungen, namentlich während des Kölner Buchdruckerstreiks. Bei dem Gedanken der verstorbenen Kollegen widmete er dem verdienstvollen Vorämpfer Kollegen Sobgat besondere herzliche Nachrufe. Zum Schluß seiner mit Aufmerksamkeit entgegengenommenen Ausführungen gab er der gedeihlichen Entwicklung der Jahreshilfe Köln, deren Geschichte er 10 Jahre lang geleitet hat, freudigen Ausdruck, ausklingend in der Hoffnung, daß die erregenen Erfolge weiter ausgebaut werden. In der anschließenden Diskussion wurde dem Kollegen Schaeffer Entlastung erteilt, der Verwaltung und insbesondere den Kollegen Pelt für seine aufopfernde Mithewaltung der Dank der Versammlung entgegengebracht. Zum Punkt Vorstandswahl wurde von der Verwaltung der Vorschlag gemacht, den Vorstand um zwei Mitglieder zu erweitern. Aus der Wahl gingen folgende Kollegen hervor: Pelt, 1. Vorsitzender, Kraß, 2. Vorsitzender, Schaeffer, Kassierer, Dreng, Schriftführer, Arens-Riel, Jungschläger, Frh. Oras und Frau Reih als Beiführer. Die beiden bisherigen Revisoren Kraß und Justen wurden wiedergewählt. Unter Punkt Beschließenes wurden neben einigen internen Angelegenheiten die Herausgabe eines monatlichen Mitteilungsblattes besprochen, mit dessen Ausfertigung die nächste Vorstandssitzung betraut wird. Mit einem Appell zu treuer Mitarbeit aller Mitglieder schloß Vorsitzender die angeregte verlaufene Versammlung.

**Rönnigsberg i. Pr.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am Mittwoch, dem 1. Februar, statt und war ein recht guter Besuch zu verzeichnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende noch kurz die neuen Zulagefälle bekannt, die den Vertrauensleuten durch Zirkular schon vorher überandt waren. Er erklärte auch die Frage, weshalb es unsern Vertretern nicht gelungen ist, den gleichen Gehalt der Gehilfen auch für Hilfsarbeiter herauszuholen und was Hauptvorstand und Gaultier zu tun gedenken, um dieses durchzuführen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung übergehend gab er den Geschäftsbericht. Die Ortskasse des Reichstaxis streift, nach dessen Abschluß der Ortsverwaltung ein großer Teil Arbeit abgenommen ist, wies er nach, daß der Reichstaxis auch in der Lohnregelung vorteilhafter ist als die Bezirks- und Ortsstaxis. Wenn wir auch vor Abschluß des Reichstaxis uns mit unsern Lohnfüßen an diesen herangelehrt hätten, so waren doch für sehr viele Mitglieder recht bedeutende Summen nachzuholen. Ganz abgesehen davon, daß die folgenden Zulagen ohne große Schwierigkeiten den Mitgliedern in den Schoß fielen. Aber auch organisatorisch ist der Reichstaxis für die Jahreshilfe von Vorteil gewesen. Viele Kolleginnen und Kollegen, die in anderen Verbänden organisiert waren, haben es eingesehen, daß nur die Berufsorganisation ihre wirtschaftlichen Interessen am besten vertreten kann und sind zu uns übergetreten. Wenn auch die Durchführung des Reichstaxis sowie die der Zulagen im allgemeinen keine großen Schwierigkeiten machten, so blieb doch noch Arbeit genug, um in einzelnen kleinen Betrieben nachzuhelfen. Wo es dem Vorstand durch persönliches Vorkommen nicht gelang, mußte das Schlichtsgericht eingreifen. Der Schlichtungsausschüß mußte zweimal in Anspruch genommen werden. Der Kassierer gab zuerst den Bericht vom 4. Quartal und dann den Gesamtbericht. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 35 532 M., für Unterfüßungen wurden 4896,60 M. ausgegeben, so daß 28 635,40 M. an die Hauptkasse abgefunden werden konnten. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 8832,70 M., der eine Ausgabe von 5432,60 M. gegenüber stand, so daß am Jahreschluß ein Kassensbestand von 3400,10 M. vorhanden war. Der Mitgliederbestand betrug 71 männliche und 182 weibliche, zusammen 253. In die Diskussion griff der Vorsitzende des Graphischen Kartells, der als Gast auch anwesend war, verschiedentlich ein. Er betonte u. a., daß der Reichstaxis wohl für die großen Städte nicht so sehr ins Gewicht fällt, denn hier wäre die Arbeiterchaft wohl in der Lage, sich das herauszuholen, was sie braucht. Mit Rücksicht aber auf unsere Arbeitsbrüder und -Schwestern in den kleinen Orten der Provinz halte auch er den Reichstaxis für einen großen Vorteil. Ein Kollege bemängelte, daß zu wenig Druckereiverfassungen abgelehnt würden, von denen man sich in organisatorischer Hinsicht immer viel verspricht. Unter Punkt „Vorstandswahl“ wurden die Kollegen Babud als 1. Vorsitzender, Anor als Kassierer und Marck als Schriftführer wieder, Kollegin Leopold als 2. Vorsitzende neugewählt. Als Revisoren wurden der Kollege Eudy wieder, und die Kollegin Liesbeth Golbau neugewählt. Zum Punkt „Beschließenes“ wies der Vorsitzende auf das vom Graphischen Kartell zu veranstaltende Fest hin und ersuchte ebenso wie der Vorsitzende des Graphischen Kartells um recht gute Beteiligung. Ein Antrag, die Entschüßigung des Vorstandes von 4 auf 10 Bgr. pro verkaufte Marke und die Sitzungsgelder von 8 auf 6 M. zu erhöhen, wurde gegen eine Stimme angenommen. In dem der Vorsitzende im Namen des Vorstandes der Versammlung den Dank für das Vertrauen ausdrückte und bat, auch im neuen Jahre ihn nach Kräften zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** **Verammlung des Buchdrucker-Hilfspersonal.**  
am 31. Januar. Der Gauleiter berichtete über die statt-  
gefundenen Verhandlungen und wies nochmals auf die  
Schwierigkeiten hin, die zu überwinden waren. Wenn auch  
die Lohnsätze nicht befriedigend, so sei immerhin festzustellen,  
daß die Organisation wiederum in der Lohnpolitik einen  
Schritt vorwärts genommen ist. Während gerade hier in  
Leipzig die Straßbahner seit 14 Tagen kämpfen, Klempner  
drei Wochen streiken mußten und die Müllfabriken zur  
Ausparung griff, sind uns die Kämpfe erspart geblieben.  
Er gab die vereinbarten Löhne bekannt und verlangte von  
den Kollegen, daß sie auch Dracht ehe auf die Ver-  
besserungen und Erhöhungen, die in den §§ 2, 6, 8 und 10  
des Tarifes festgelegt sind. Betrachtet wir, unter welchen  
Umständen unsere Verhältnisse arbeiten mußten, so dürfen  
wir ohne weiteres denselben unsere Anerkennung nicht ver-  
sagen. Schreiten wir weiter so vorwärts, haben wir auch  
innerhalb des Tarifgebändes Gelegenheit genug, uns höhere  
Löhne zu erringen. In der Ausgabe über den Bericht  
des Kollegen Meyer wurde besonders hingewiesen, daß in der  
Hauptrage in der Höhe. Bezüglich uns die Verhandlungen  
nicht gebracht haben, was wir als Hilfsarbeiter nach den  
Auslassungen des Rates und des Zentralvorstandes er-  
warten dürfen. Die anderen kleinen Vergünstigungen,  
welche der Gauleiter mit so schönen Worten anpries, werden  
die Prinzipale gar nicht oder wenig spüren. Zwei der aus-  
wesendsten Ingegnierinnen protestierten im Namen der übrigen  
gegen ihren viel zu geringen Lohn. Sie verlangten minde-  
stens 65 Proz. der Buchdruckerlöhne und versprachen, durch  
festen Zusammenhalt das gesteckte Ziel zu erreichen. Nach  
einem Schlußwort des Gauleiters kam es zur einstimmigen  
Annahme einer Resolution, in der erklärt wurde, daß die  
Zustände, die der Prinzipale nicht im entferntesten aus-  
reichen, die Not des Hilfspersonal zu beheben, insbesondere  
wendet sich die Versammlung gegen die Ablehnung des ge-  
stellten Antrages der Hilfsarbeiter auf Gleichstellung der  
Teuerungszulage mit denjenigen der Gehilfen, da eine der-  
artig hohe Spalte im Lohn wie zuführen gelernt und un-  
gelerten Arbeitern im Buchdruckgewerbe in keinem Beruf  
zu vergleichen ist. Die Versammlung beauftragte den Leipziger  
Gewerkschaftsvorstand, sofort mit dem Verein Leipziger Buch-  
drucker-Veher in Unterhandlung einzutreten, um den be-  
rechtigten Wünschen der Hilfsarbeiter gerecht zu werden.  
Sollte der Verein Leipziger Buchdrucker-Veher kein Ver-  
ständnis für den Notstand der Hilfsarbeiter aufbringen  
können, so erklären die Versammelten, Mittel und Wege zu  
finden, welche diesem schreitenden Uebelstand abhelfen.

**Hofstad.** In der am 1. Februar stattgefundenen  
Generalversammlung wurde u. a. der Bericht der Verband-  
lungen im Tarifauschuß und Ergebnis derselben gegeben.  
Nach dem Referat des Kollegen Müllner, daß wir ver-  
suchen müßten, mit Ausdauer schrittweise zum Ziele zu  
gelangen, wurde folgende Resolution einstimmig an-  
genommen: Die heute in Hofstad tagende Versammlung  
der Hilfsarbeiter nimmt Kenntnis von dem Ergebnis  
der Tarifverhandlungen und muß mit Bedauern fest-  
stellen, daß die gewährten Zulagen in keinem Verhältnis  
zu den Sprunghaft in die Höhe schnellenden Preisen für  
die Lebenshaltung stehen. Die Versammlung erwartet  
von den an den Verhandlungen beteiligten Kollegen, daß  
dieses gegebenen Verhältnissen sobald wie möglich Rech-  
nung getragen wird. Außerdem muß bei Teuerungszu-  
lagen vornehmlich darauf hingewirkt werden, daß diese  
prozentuale Einteilung aufhört, denn die Teuerung trifft  
uns alle gleich schwer. Bei Punkt „Neuwahl der Orts-  
verwaltung“ wurde die alte Ortsverwaltung einstimmig  
wieder befristet. Außerdem wurde der Ortsbeitrag für  
alle Klassen auf 1 M. erhöht.

**Waldenburg-Altwaßer.** Am 15. Januar hielt die  
Zahlstelle Waldenburg-Altwaßer ihre Generalversammlung  
ab. Der Vorsitzende Koll. Veiter gab den Geschäftsbericht,  
aus welchem zu ersehen war, daß in den letzten drei Quar-  
talen die Mitgliederzahl ständig stieg. Günstig waren auch  
die Lohnkämpfe zu buchen. Nur der Unwissenheit ist es  
zuzuschreiben, wenn immer wieder von vorn angefangen  
werden mußte, da die Anfängerinnen in den Betrieben noch  
unter den erbärmlichsten Lohnsätzen arbeiten. Kollegin  
Pahst gibt den Kassensbericht vom letzten Quartal. Auch  
hier ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. An Streit-  
unterstützung wurde über 2000 M. gezahlt, Krankengeld  
und Arbeitslosenunterstützung weisen beträchtliche Summen  
auf, und die Sozialkasse, welche bei der Übernahme im  
ersten Quartal fast gar keinen Bestand hatte, zeigt jetzt  
einen Fonds von 700 M. Die einsehende Kritik beweist,  
daß die Mitgliedschaft mit dem Vorstand in bestem Ein-  
vernehmen steht. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung  
erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Koll.  
Veiter 1. Vorf., Kollegin Endler 2. Kass., Kollegin Lu-  
dwig III 1. Schriftf., Nefflora Kollegin Band, Kollege  
Wahse, Betriebskassierer Koll. Steiner, Endler und Wezel.  
Unter Verschließen wurde über Lohnbewegungen beraten  
und beschlossen, in allen Betrieben für Erreichung des Tarifes  
einzutreten. Während der letzten Tage sind bereits in  
zwei Firmen die Lohnbewegungen zu unseren Gunsten ab-  
geschlossen worden, welche eine Lohnaufbesserung von  
wöchentlich 35 M. brachten. Am Schluß der Versammlung  
erhielt der Vorsitzende alle Kolleginnen und Kollegen um  
tätige Unterstützung des Vorstandes und einmütiges  
Zusammenhalten in den Betrieben, damit uns auch das neue  
Jahr ein großes Stück vorwärts bringt zum Wohle der  
gesamten Arbeiterchaft.

**Zwidau.** Jahresgeneralversammlung vom 25. Januar  
1922. Die Vorsitzende K. Stopp gab einen ausführlichen  
Jahresbericht. Sie hob die Mühen und Arbeiten unseres  
Hauptvorstandes hervor, welchem wir alle durch sein effi-  
zientes Mithen in den Tarifinstanzen um unsere Interessen  
zu Wort verhilft sind. Die Kassengeschäfte wurden  
zur vollen Zufriedenheit von Kollegin Heßig geführt,  
wofür ihr Entlastung erteilt wurde. Bei der Neuwahl  
wurde Kollege Käseberg als 1. Vorsitzender, Kollege Fraß  
als Kassierer, Kollegin Heßig als 1. Schriftführerin ge-  
wählt. Ferner wurden noch gewählt in den Ortsauschuß  
Kollege Käseberg, Kollegin Stopp; Gruppisches Kartell  
Kollege Käseberg, Kollegin König und Heßig; Nefflora

Kollege Anderleit, Kollegin Müller. Mit einem Appell  
an alle Mitglieder, der neuen Verwaltung auch in diesem  
Jahre Vertrauen und Unterstützung entgegen zu bringen,  
schloß die Vorsitzende die Versammlung.

## Rundschau

**Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Der Vor-  
stand des ADGB. hatte von den Reichsbehörden eine der  
fortschreitenden Teuerung entsprechende Erhöhung der  
Unterstützungssätze für die Erwerbslosen gefordert. Wie der  
Reichsarbeitsminister nunmehr mitteilt, hat er durch Rund-  
schreiben vom 8. Februar den Regierungserläß der Länder sein  
Einverständnis erklärt, daß die Unterstützungssätze für die  
Erwerbslosen und ihre Angehörigen um durchschnittlich  
25 v. H. der bisherigen Sätze erhöht werden. Für die  
jugendlichen Ledigen soll die Erhöhung durchschnittlich  
15 v. H. betragen. Die Gemeinden werden durch die  
Landesregierungen angewiesen, die neuen Unterstützungssätze  
zur Auszahlung zu bringen.

Für das preussische Staatsgebiet sind ab 13. Februar  
1922 folgende neue Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung  
in Geltung gesetzt worden:

1. für männliche Personen	in den Orten der Ortsklasse			
	A	B	C	D u. E.
a) über 21 J., sof. sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	18,80	17,00	15,00	12,50 M.
b) über 21 J., sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	15,00	13,50	12,00	10,00 M.
c) unter 21 Jahren	10,00	9,00	8,00	7,00 M.
2. für weibliche Personen				
a) über 21 J., sof. sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	15,00	13,50	12,00	10,00 M.
b) über 21 J., sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	10,00	9,00	8,00	7,00 M.
c) unter 21 Jahren	8,00	7,25	6,25	5,25 M.
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	8,75	7,75	6,75	5,50 M.
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	7,50	6,75	6,25	5,50 M.

**Steuerabzug bei nicht voller Beschäftigung.** Wenn ein  
Arbeiter nicht voll beschäftigt ist oder einen oder mehrere  
Tage in der Woche die Arbeit verläßt hat, so sind viele  
Unternehmer der Meinung, daß wenn der Lohn nur für  
die wirklich geleistete Arbeitszeit gezahlt ist, auch der  
Steuerabzug entsprechend sein müsse. Wenn beispiels-  
weise ein Arbeiter statt sechs Tage nur fünf oder weniger  
Tage gearbeitet hat, zahlen die meisten Arbeitnehmer laut  
Arbeitsvertrag bei wöchentlicher Lohnzahlung auch nur  
für fünf Tage Lohn und berechnen dementsprechend auch  
den Steuerabzug. Dadurch ermäßigt sich dieser nicht um  
4,80 M. pro Woche, sondern in diesem Falle um 5 x 80  
Pfenninge = 4 M. Hat der Arbeiter Familie, so ist die  
Differenz natürlich erheblich größer. Hat er a. B. eine  
Frau und zwei Kinder, dann erhöht sich dieser Differenz-  
betrag auf 5,80 M., da bei wöchentlicher Berechnung von  
der Steuer in Abzug kämen 2 x 4,80 = 9,60 M., 2 x 7,20  
= 14,40 M. und 1 x 10,80 M., zusammen demnach 34,80  
M., während bei täglicher Berechnung dieser Steuer-  
ermäßigung letztere bei fünf tägiger Arbeit pro Woche be-  
trug würde: 5 x 80 Pf. x 2 = 8 M., 5 x 1,20 x 2 =  
12 M. und 5 x 1,80 = 9 M., zusammen 29 M. Wird  
noch weniger gearbeitet, dann ist der Differenzbetrag bei  
dieser Berechnung nach Tagen oder auch Stunden noch be-  
trächtlich größer. Solche Arbeiter zahlen dann, wenn  
diese Verkürzung der Arbeitszeit längere Zeit bestehen  
bleibt, bedeutend mehr Steuern als solche, die vielleicht  
in einer Woche denselben Lohn wie ersterer in drei Tagen  
verdienen. Diese Ungleichheit läßt sich bei unständigen  
Arbeitern, die bald hier, bald dort, ein oder mehrere Tage  
oder Stunden arbeiten, bei dem jetzigen Steuerabzugs-  
system schwer beseitigen. Anders aber bei den Arbeitern  
oder Angestellten, die ein festes Arbeitsverhältnis  
haben. Sie haben ein Recht darauf, zu verlangen,  
daß die Ermäßigungen danach berechnet werden, wie die  
Lohn- oder Gehaltszahlungen erfolgen. Hierbei können  
sie sich auf die Ausführungsbestimmungen zum § 46 des  
Einkommensteuergesetzes stützen, worin § 6 wie folgt lautet:

„Für die Bemessung der anzuwendenden Ermäßigungen ist maßgebend, ob die Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten erfolgt. Darunter ist nicht zu verstehen, daß der Arbeitslohn nach Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten bemessen wird, sondern maßgebend ist die Lohnzahlungsperiode, also daß der Arbeitslohn nach Ablauf von Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten ausbezahlt wird.“

Diese Bestimmung ist durchaus klar. Wo dagegen ver-  
stoßen wird, was bei Kurzarbeit namentlich eine große  
Rolle spielt, haben die Betroffenen die Möglichkeit, die  
Unternehmer darauf hinzuweisen und, wenn das nicht hilft,  
die Entscheidung der zuständigen Finanzämter oder des  
Finanzministeriums anzurufen.

**Die Aufhebung der Demobilisierungsverordnungen**  
ist bekanntlich von der Regierung durch Verordnung vom  
18. Februar 1921 und am 31. März 1922 bestimmt worden.  
Bis zu diesem Termin erwartete die Arbeiterchaft aller-  
dings eine gesetzliche Regelung der durch die Demobilisierungs-  
verordnungen berührten Fragen. Das ist bis-  
her nicht geschehen. Die drohende Aufhebung, die in  
Gewerkschaftskreisen zu lebhaften Befürchtungen Anlaß gab,  
veranlaßte den Vorstand des ADGB, bei den Reichs-  
behörden die Fortführung der Schutzbestimmungen zu er-  
wirken. Dieses letztere steht nunmehr in Aussicht. Wie  
der Reichsminister des Innern am 4. Februar 1922 mit-  
teilte, wird zurzeit in seinem Ressort mit Beschleunigung  
an einem Gesetzentwurf gearbeitet, durch den die Geltungs-  
dauer der Demobilisierungsverordnungen verlängert wer-  
den soll.

**Der Arbeitsmarkt** zeigt für den Schluß des Dezember  
eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit. Betrug  
die Verhältniszahl für November bei den Gewerkschaften  
noch 1,4, so ist sie für Dezember auf 1,8 gestiegen; im  
Oktober wurden 1,2 Arbeitslose auf 100 Mitglieder be-  
rechnet. Auch die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat  
sich von 149 128 am 1. Dezember 1921 auf 164 822 am  
1. Januar 1922 erhöht. Dabei ist zu beachten, daß die  
Zahl der unterstützten Frauen sich verringert hat. Sie  
weist eine Verminderung von 5,5 Proz. auf, während die  
unterstützten Männer um 15,5 Proz. sich vermehrt haben.  
Die Ursachen der steigenden Arbeitslosigkeit können mit  
Bestimmtheit nicht festgestellt werden. Das Nachlassen des  
Grippeepidemie können Erklärungen bieten. Ein gut Teil  
wird auch durch unsere schlechten Valutaverhältnisse  
geschaffene Ausverkaufsgeschäfte, das jetzt langsam nachläßt,  
verschuldet haben. Im graphischen Gewerbe hat  
sich der Beschäftigungsgrad ebenfalls etwas verschlechtert.

Mitglieder	Auf 100 Mitglieder kamen Arbeitslose			
	November		Dezember	
	m.	w.	m.	w.
Buchbinder	0,7	0,6	0,7	1,2
Buchdrucker	0,7	—	0,7	1,0
Hilfsarbeiter	4,6210	0,7	0,6	0,8
Steindrucker	1,8888	1,1	0,8	1,1
Graph. Zentralverband	5,899	0,3	0,1	0,2
Gutenberg-Bund	3,033	1,0	—	1,0

**Volkswirtschaftliche Vorträge.** Bei der Verlagsge-  
sellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes  
G. m. b. H. (Berlin SO. 16, Engelauer 24) ist die erste  
Reihe von volkswirtschaftlichen Vorträgen von Dr. Alfred  
Striemer erschienen. Sie enthält Entwürfe an Vorträgen  
über: 1. Die Elemente der Wirtschaft. 2. Wirtschaft-  
sklassen und Lehren. 3. Geld und Kredit. 4. Vom  
Kapital. 5. Vom Wert. 6. Vom Preis. Der Preis be-  
trägt für Gewerkschaftsmitglieder 12 M., für Nichtmit-  
glieder 24 M. Zu diesen Entwürfen sollen noch ent-  
sprechende Textbücher für die Hörer hergestellt werden, deren  
Preis je nach Höhe der Auflage 8 bis 10 M. betragen  
wird. Der Verfasser beabsichtigt, Rednern die nötige An-  
leitung zu Vorträgen zu bieten; die Erziehung zu  
volkswirtschaftlichem Denken fördern sollen, was in dieser Zeit  
ohne Zweifel besonders notwendig ist.

**Die Kriegsbeschädigten- und Kriegsernterbliebenen-  
bewegung.** Eine der aus der Not der Zeit geborenen Be-  
wegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegsernter-  
bliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem  
alten Erbfeind der Gewerkschaftsbewegung, der politischen  
und religiösen Zerrissenheit belastet, sehr zum Nachteil der  
Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche  
Organisation für alle Opfer des Krieges zustande zu  
bringen, scheiterten leider an der Halsstarrigkeit, mit der  
politisch und religiös orientierte Persönlichkeiten an der  
Schaffung neuer Organisationen tendenziöser  
Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen,  
die sich nach dem Krieg auch plötzlich der Kriegsbeschä-  
digten und Kriegsernterbliebenen anzuschließen suchten,  
noch der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und  
Kriegsernterbliebenen gegründet worden, der in der  
Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der christlichen  
Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15  
Jahren spielt und vollkommen nationalitätlich und religiös  
eingestellt ist. Die Gründung dieses Zentralverbandes, zu-  
nächst unter dem Namen: „Verband deutscher Kriegs-  
beschädigter und Kriegsteilnehmer“, ist unter dem Vor-  
sitz des christlichen Gewerkschaftsführers und deutschland-  
übergreifenden Vorgesetzten und der Mittels der christlichen  
nationalen und Kirch- und Sondersonder Gewerkschaften erfolgt.  
Schon die Gründung zeigt, daß es sich um eine Samm-  
lung der auf „nationalem Boden stehenden“ Kriegsbeschä-  
digten und Kriegsernterbliebenen handelt. Vorsitzender  
ist der deutsch-volksparteiliche Reichstagsabgeordnete  
und Vorsitzende des deutschlandweiten Handlungsgewerkschaften-  
verbundes Siegel. Wie der Zentralverband von der christlichen  
Gewerkschaften protegiert wird, zeigt ein Verstoß des  
10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften vom No-  
vember 1920 in Essen, in dem gesagt ist, daß es der christ-  
lich-nationalen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein  
kann, welchen Organisationen die Kriegsoffer angehören  
und daß nur der Zentralverband empfohlen werden kann.  
Bezeichnend für den Geist und die Tendenz des Zentral-  
verbandes ist die Tatsache, daß er sich bereits seit nahezu  
zwei Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Auf-  
hänger Bund der deutschen Kriegervereine befindet. Der  
Zentralverband verfuhr jedoch, die Kriegsoffer selbst wie  
auch die Öffentlichkeit über seine einseitige Tendenz hin-  
wegzutäuschen und sich als eine parteipolitisch und religiös  
neutrale Organisation hinzustellen, um besser Mitglieder-  
fang treiben zu können. Es sei deshalb demgegenüber  
darauf hingewiesen, daß als älteste und größte, sowie par-  
teipolitisch und religiös vollständig neutrale Organisation  
der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer  
und Kriegsernterbliebenen“, Berlin SW. 29, Velle-  
Allianzstraße 16, in Frage kommt. Der Reichsbund ver-  
folgt keinerlei Nebenziele, seine Tätigkeit besteht lediglich  
in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Inter-  
essen der Kriegsbeschädigten und Kriegsernterbliebenen,  
für die die sachliche Arbeit des Reichsbundes schon viele  
Erfolge erzielt hat. Der Reichsbund mit seinen 800 000  
Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch zu-  
künftig die Interessen der Kriegsoffer mit Nachdruck ver-  
treten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller  
Kriegsoffer, wenn sie den Reichsbund möglichst zu stärken  
suchen.

**Verantwortlichkeit.** Je härter die Menschen von  
zentralen Einrichtungen sich abhängig machen, in desto  
höherem Grade ist die Gemeinshaft auf die Verantwortlichkeit  
und das Verantwortlichkeitsgefühl jedes Mitbeteiligten  
angewiesen. In Nr. der „Betriebsratzeitung“ des ADGB  
und des IFA-Bundes, die am 15. Februar erschienen ist.

weist die Betriebsräte eindringlich darauf hin, daß das Vertrauen in die Sicherheit und das zuverlässige Funktionieren gewerkschaftlicher Unternehmungen das Fundament für den Aufbau des Sozialismus ist. Ueber die deutsche Elektrizitätswirtschaft" gibt die Nummer durch Wiedergabe eines Vortrages des Geh.-Rats Benzmann einen ausgezeichneten Überblick. Zur raschen Stellungnahme der landwirtschaftlichen Produktion, zu dem Problem der Konzentration in der Schwerindustrie nehmen weitere Beispielsstellungen. Interessant ist eine Aussprache mit einem Wirtschaftsführer über die Planwirtschaft.

Ein Auftrag "Die Arbeit des deutschen Werkbundes" will die Arbeiter für die großen Ziele begeistern, die sich diese Organisation gestellt hat. Lebhaftes Interesse wird auch der Abdruck eines Vortrages "Das Meisterproblem" erweden. In der Rubrik "Gesetz und Recht" finden sich äußerst wichtige Beiträge, die für jeden Betriebsrat unentbehrlich sind.

**Der Gesundheitschutz im Betriebe.** In der Reihe der gemeinsam vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Allgemeinen freien Angestelltenbund herausgegebenen Betriebsratschriften ist heute Heft 11: "Der Gesundheitschutz im Betriebe" erschienen. Da viele unserer Arbeitskollegen unter den Schädigungen ihres Berufes schwer leiden und nicht wenig alljährlich dadurch ihre Gesundheit und sogar ihr Leben verlieren, entspricht die Herausgabe dieser Schrift einem allseitig als dringend empfundenen Bedürfnis.

Sie verdient weiteste Verbreitung und sollte im Besitze mindestens jedes Betriebsvertretungsmitgliedes sein. Sie kann durch jede Buchhandlung bezogen werden. Die Bestellungen der Organisationen sind direkt an die Verlagsgesellschaft m. b. H. des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelsteufer 24, IV, zu richten. Der Ladenpreis beträgt 540 M., er ermäßigt sich beim Bezug durch die Organisationen ganz wesentlich, so daß jeder in der Lage ist, sich die Schrift zu beschaffen.

### Eingegangene Druckschriften

**Aufgaben und Ziele der neuzeitlichen Wohlfahrtspflege.** Von Helene Simon. 1922. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 88. (Preis 2,50 M.)

**Eugen Prager, Die Geschichte der U. S. F. D.** Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, Verlagsgesellschaft "Freiheit", Berlin C. 2.

Zum ersten Male wird den deutschen Arbeitern eine zusammenfassende Darstellung der Kämpfe gegeben, die während des Krieges in der deutschen Arbeiterbewegung auftraten und zur Bildung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führten. Der Verfasser mußte sich, wie er in seinem Vorwort sagt, dem beschränkten Raum anpassen. Aber in dem ihm gesteckten Rahmen wird eine Fülle von Material geboten, dessen Kenntnis für jeden unentbehrlich ist, der an dem Befreiungskampf des Proletariats teilnimmt.

**Irland.** Von Karl Kautsky. 32 Seiten. Preis 6 M. Der fürchterliche Bürgerkrieg in Irland, der eben endlich durch einen Frieden der Verständigung mit England beendet worden ist, verleiht den irischen Dingen größte Aktualität. Trotzdem sind die Verhältnisse Irlands dem deutschen Proletariat noch wenig bekannt.

Karl Kautsky, der schon 1880 eine Schrift über Irland veröffentlichte und der eine größere Arbeit über dieses vielgegriffene Land vorbereitet, hat es daher für angezeigt gehalten, jetzt einen kurzen Überblick der irischen Entwicklung zu veröffentlichen. Er zeigt uns die Quellen der entsetzlichen Notlage Irlands im vorigen Jahrhundert, den Befreiungskampf der irischen Nation, den sie eben jetzt siegreich beendet hat und seine Wandlungen, sowie endlich die Konsequenzen für die proletarische Bewegung, die wir in Irland und England und damit auch in der Internationale von dem Sieg der irischen Nationalisten zu erwarten haben.

### tariffsamt der Deutschen Buchdrucker

Fünfter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 31. August 1921.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim tariffsamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Bremen: Hoffmann, A. — Hannover: Schworf, Datar, R.G. — Wittingen: Neef, Karl (Henhagener Kreisblatt).
- II. Kreis. Aachen: Ringens, Jos. — Ahlen i. W.: Rheinisch-Westfälische Buchdruckerei und Bureaubedarf-Ges. Diekmann u. Bergmann, G. m. b. H. — Vörsdorf a. d. Sieg: Stein, Julius. — Bonn: Gebelmann, Joseph. — Düren: Reimer, E. — Duisburg: Westdeutsche Buch- und Kunstdruckerei Karl Brans u. Co. — Köln: Frische, Johannes. — Rhodt: Kersch, Fr. Aug. — Saarbrücken: Verlag der "Volkstimme", G. m. b. H.
- III. Kreis. Mainz: v. Jabern, Philipp, G. m. b. H. — Offenbach a. M.: Höner u. Koch.
- IV. Kreis. Gernersheim: "Gernersheimer Tagblatt" (früher "Gernersheimer Wochenblatt"). — Stuttgart: "Der Kommende Tag", A.G., Verlag, Abteilung Druckerei.
- V. Kreis. Münden: Lauterbach Hans; Richard Plaun-Verlag, A.G. — Bartenskirchen: Hüler u. Herprigel. — Pfaffenhausen a. d. Elm: Herzogliche Buchdruckerei (Ant. Wbart).
- VI. Kreis. Mühlhausen i. Thür.: Fischer, Paul (Friedrich Wafke); Pieber, Fr. (Znh. Hans Lam-

brecht). — Saalfeld: Wölfer u. Co. (Fritz Biese, Joh. Rudolph).

VII. Kreis. Weierfeld i. Ergeb.: Müller, Rudolf. — Vordersorf bei Leipzig: Hoppe, W. — Dresden: Zigarettenfabrik A. Greiling. — Leipzig: Bach, Friedrich; Harlich, Richard; Schirmer, Richard. — Penig i. Sa.: Geißler, A. (C. H. Voigts Nachf.). — Eichenriessdorf: Großmann, Mar.

VIII. Kreis. Berlin; Pankwitz, Guido, A.G.; Selios-Druck- und Kartonnagen, A.G.; Kummer u. Co., Betsch, Kurt, Karl, Erwin; Verlagsdruckerei Saspa, G. m. b. H.

IX. Kreis. Oppeln: Ostverlag Oppeln Strohok u. Malzahn; Lefsch, Alexander, Papierwarenfabrik. N. Kreis. Hamburg: Carlens u. Homoc. — Boorde bei Kiel: Krohn, Otto, Buchdruckerei m. b. H. XI. Kreis. Gollnow i. P.: Witzgen, A.

Aus dem Verzeichnisse der tarifreuen Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen: Kreis I: Aug. Linnemann in Bergen bei Celle. — Menerische Buchdruckerei in Sarsedt. Kreis II: Buchdruckerei H. M. Antreter in Herford. — Buchdruckerei Förster u. Belle in Südeswagen. — Buchdruckerei Jos. Rense in Langenfeld (Rheinl.).

Kreis III: Buchdruckerei Phil. Wirth in Arnoldsbach (Saunus). — Buchdruckerei Wilhelm Bender in Krosdorf bei Gießen. — Buchdruckerei Otto Etienne in Detrich (Rheinland). Kreis VII: Riffschaffel Riefzig u. Widner in Dresden. — Buchdruckerei Rich. Wolff in Neufirchen i. Ergeb.

Kreis VIII: Schriftgießerei J. Steinkamp in Berlin. Kreis IX: Buchdruckerei Adalb. Torzewski in Bad Salzbrunn. — Buchdruckerei Bruno Berger in Riegl (Bez. Breslau). — Herzogl. Hofbuchdruckerei Menzel in Sagan.

Kreis XI: Buchdruckerei B. Feistel in Oberberg. — Buchdruckerei "Tribüne Anzeiger" Moritz Heint in Tribsee. — Buchdruckerei "West- und Ostpreignitzer Anzeiger" H. Messerschmidt in Bad Wildschau.

Kreis XII: Buchdruckerei C. Schlutius in Rößel. — Buchdruckerei Ant. Gehrman in Wartenburg (Ostpr.). Aus der Liste der tarifreuen Gehilfen wurden gestrichen: der Seher Oswin Großöhmingen, geb. 16. November 1902 in Rork bei Niesa, beschäftigt bei der Firma Wagentecht u. Endler in Görlitz; der Seher Gustav Pauka, beschäftigt im "Stallupöner Tageblatt" in Stallupönen (Ostpr.).

### Bekanntmachungen.

**Arbeitsnachweise betreffend.**  
Gera (Neuh). Für den Bezirk Gera ist ein Arbeitsnachweis errichtet, umfassend die Orte: Gera, Umpa, Verga (Ester), Eilenberg, Hermsdorf-Rosterlausnäh, Köstritz, Lobenstein, Minschenbernsdorf, Neustadt (Orla), Köhne, Rants, Noda, Ronneburg, Schleiz, Triebes, Triptitz, Weida, Wünschendorf, Zeulenroda, Zschillen. — Verwalter: Walter Rante, Gera, Greizer Straße 38 III. — Aufsichtskommission: Prinzipsalsamt; Buchdruckereibesitzer Schumann, Buchdruckereibesitzer Karl Hildeke; gebilfenleitig: Franz Meier, A. Frische, Otto Trillitsch; sämtlich in Gera.

**Schiedsgerichte betreffend.**  
Kiel. Prinzipalsvorsitzender: B. Grunwald, i. Fa. Hoflatia-Druckerei, Kiel, Fährstraße 12.  
Münberg. Gehilfenvorsitzender: Franz Brandmüller, Münberg, Rohledeckerstraße 16 I.  
Stettin. Gehilfenvorsitzender: Karl Schulz, Stettin, Töpferer-Par.-Straße 15 III.  
Berlin, 28. Januar 1922.

F. A. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Briefkasten

L. D. Volkstedt. Vor dem 31. März kann eine Adressenänderung für die Zeitung nicht vorgenommen werden. Dann wird die "Soldatentätigkeit" an den Kollegen S. überwiesen werden. Sie müssen sich bis dahin am Ort verständigen.  
A. G. Zwidau. Bitte beachten Sie das oben Gesagte.

### Abrechnungen

Abrechnungen vom 4. Quartal haben eingelaufen:  
Gau 3: Baden-Baden 550,80, Bruchsal 298,60, Ehlingen 955,40, Freiburg 7178,10, Göppingen 1167,90, Heidelberg 1516,55, Heilbronn 3323,60, Kaiserslautern 1033,90, Karlsruhe 12 040,15, Konstanz 255,50, Lahr i. Br. 4123,05, Landau i. Pf. 249,—, Ludwigsburg 211,05, Ludwigshafen 3353,30, Mannheim 5953,60, Neustadt a. Sdt. 1041,75, Oerndorf 417,35, Pforzheim 743,08, Ravensburg 170,—, Reutlingen 355,70, Speyer 940,25, Stuttgart 26 542,75, Tübingen 229,08, Ulm 870,65 M.  
Gau 4: Augsburg 8904,80, Dießen 414,80, Freising 374,85, Kaufbeuren 2710,20, Kempten 1839,98, Landsshut 666,75, München 50 606,40, Northingen 365,00, Passau 540,60, Regensburg 3643,80, Rosenheim 582,—, Einzelmitglieder 370,60 M.  
S. Lodahl.

## Anzeigen

**Zahlfstelle Leipzig.** Montag, den 6. März 1922, abends 5 Uhr, Generalversammlung im großen Saale des Volkshauses, Zehlfeststr. 32.

Tagesordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Anträge. 3. Neuwahlen.  
Zu stellende Anträge müssen bis Montag, den 27. Februar in den Händen der Ortsverwaltung sein. Später einlaufende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.  
Die Ortsverwaltung.  
Unserer lieben Kollegin Maria Stov nebst Gemahl zur Vermählung die besten Glückwünsche.  
Die Kollegschaft der Zahlfstelle Darmstadt.

Unserer werten Kollegin Martha Flehmig nebst Gatten herzlichsten Glückwunsch zur Vermählung.  
Zahlfstelle Glangau.  
Unserer lieben Kollegin Frieda Schneider nebst Gemahl ihr herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Kollegschaft der Zahlfstelle Riegulsh.

## Sterbetafel



Nach jahrelangem schweren Leiden verstarb am 2. Februar unsere liebe Kollegin und Vertrauensperson

**Diann Ehlers**

(i. Fa. Fleischmann u. Filler)

im Alter von 25 Jahren.

Am 3. Februar verstarb unsere liebe Kollegin

**Martha Zepf**

(i. Fa. Hartung)

im blühenden Alter von 20 Jahren.

Am 9. Februar verstarb plötzlich unsere treue und liebe Kollegin

**Antonie Schlabitz**

(i. Fa. Verlagsgef. Deutsch. Konsumvereine) im Alter von 49 Jahren.

Ehrendes Andenken bewahrt ihnen

Die Zahlfstelle Hamburg.

Am 11. Februar starb nach langer, schwerer Krankheit unser werter Kollege

**Franz Herß**

(i. Fa. Stütz, Alt.-Ges.)

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlfstelle Würzburg.

Am 13. Februar starb unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin Frau

**Marcelline Laube**

(i. Fa. Vogt u. Gläbter)

im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlfstelle Frankfurt a. M.

Am 15. Februar verstarb im Alter von 67 Jahren unser lieber Kollege und Hilfsarbeiter

**Alwin Böttner**

(i. Fa. Spamer).

Mitglied seit 31. Mai 1919.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm allezeit

Die Zahlfstelle Leipzig.

## Warenverforgung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die W. G. St. hat neuerdings einen großen Posten billiger Bekleidungsgegenstände beschafft, die in den nachstehenden Verteilungsstellen an die organisierten Mitglieder abgegeben werden.

- Himmerfr. 68, Sebaufstra. 37/38, Schönhäuser Allee 173, Kottbuser Damm 88/89, Brunnenstr. 185, Engelauer 30, Zablunsstr. 8, Karlsdorf: Hegemeisterweg 54, Cöpenick: Kaiser-Wilhelmstr. 101, Vierzehnhöf: Wegstr. 14, Friedrichshagen: Schwanenbergr. 4, Spandau: Algenbachstraße, Refl. Aicma. Verlagsbuch mitbringen!